

## Linke Kinder- und Jugendpolitik in Pankow

Mit der Kommunalwahl im September 2016 endete im Bezirk Pankow die 20jährige Präsenz einer Jugendstädtin, die für DIE LINKE verlässlich politische Schwerpunkte setzte.

Mit ihrem wertschätzenden und vertrauensvollen Führungsstil in der Verwaltung, als verlässliche Partnerin für den Kinder- und Jugendhilfeausschuss der Bezirksverordnetenversammlung und als nahbare Ansprechpartnerin für Träger der freien Jugendhilfe, Initiativen und Bürgertrug **Christine Keil** wesentlich zum kinderfreundlichen Ruf des Bezirks Pankow bei.

Infolge der Wahlergebnisse trägt nun jedoch eine andere Partei die Verantwortung für dieses Ressort. Dieser Wechsel sorgte bei vielen für große Verunsicherung, zumal zuvor bereits die langjährig verdiente Jugendamtsleiterin Frau Pfennig in den Ruhestand ging und damit ihrer Nachfolgerin Frau Krause ausgesprochen große Fußstapfen hinterließ.

Diese Sorgen um die politische und inhaltliche Neuausrichtung des Jugendamtes und deren mögliche Folgen für die Kinder, Jugendlichen und Familien in Pankow waren nachvollziehbar.

Deshalb bemühte sich die Linksfraktion darum, dem Kinder- und Jugendhilfeausschuss soweit wie möglich zu Stabilität zu verhelfen.

Obwohl die Wahl auch in diesen Ausschuss völlig neue Mitglieder beförderte, gelang es, die bewährten Bürgerdeputierten als Mitglieder zu erhalten - und damit auch deren unter diesen Umständen besonders wichtige jahrelange Erfahrung für die Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk zu sichern.

Als Linksfraktion ist es uns auch wichtig, den Bezirksschulerausschuss wieder stärker für dessen Präsenz im Ausschuss zu begeistern - bisher durchaus erfolgreich. Im Januar 2017 konstituierte sich der neue

Kinder- und Jugendhilfeausschuss und begann seine Arbeit. In den darauf folgenden, noch nicht einmal einem dutzend Sitzungen, versuchte der Ausschuss seiner besonderen Stellung als Bestandteil der Verwaltung gerecht zu werden. Im Gegensatz zu den Kompetenzen anderer Ausschüsse, wird in ihm u.a. direkt über die Grundlinien der Kinder- und Jugendhilfe im Bezirk entschieden.

Im Turbogang widmete er sich seit Januar den zukunftsrelevanten Fortschreibungen der Kinder- und Jugendfreizeitstätten- und der Kindertagesstättenentwicklungsplanung sowie dem Doppelhaushalt für die Jahre 2018 / 19. Die Arbeit daran ist noch nicht beendet.

Andere Themen können und wollten auch nicht warten. Die Weiterentwicklung der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und eine inklusive Spielplatzplanung beschäftigten den Ausschuss ebenso wie das Schicksal geflüchteter Kinder, Jugendlicher und Familien. Ein jugendamtspezifisches Integrationskonzept, das deshalb im Ausschuss beschlossen wurde, muss in der Zukunft jedoch mit einem breiteren Fokus fortgeschrieben werden. Eine längerfristige alleinige Fokussierung des Jugendamtes und seiner Angebote auf geflüchtete Kinder-, Jugendliche und Familie ist aus Sicht der Linksfraktion unzureichend. Es würde die Notwendigkeit, sich breiter und intensiver auch mit den Bedürfnissen anderer zugewanderter junger Menschen und deren Familien sowie der allgemeinen interkulturellen Öffnung des Jugendamtes zu befassen, ignorieren.

Mit einer der größten Herausforderungen plagen sich Ausschuss und Verwaltung jedoch ohne ausreichenden eigene Wirkungsmacht herum: Die Personalsituation in der Verwaltung. Es findet sich unter den gegebenen Bedingungen kaum noch Personal.

Ines Pohl  
Bezirksverordnete

## BVV - Splitter:

### Schutz und Erhalt des Parks und des Weißen Sees

In der Beratung der BVV Pankow am 28.06.2017 wurde ein Antrag der CDU-Fraktion zu dieser Problematik beraten.

Danach soll das Bezirksamt Pankow ersucht werden, dafür zu sorgen, dass Park und See weiter als Erholungs- und Rückzugsort erhalten bleiben.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen beziehen sich u.a. auf die Sicherung des Wasserstandes, die Sicherung des Uferbereichs, die Sicherheit, Pflege und Instandhaltung des Parks.

Auf Grund der Komplexität des Anliegens wurde der Antrag an die Ausschüsse für Finanzen, Stadtentwicklung und Umwelt verwiesen.

Bemerkung : Das Thema wird schon längere Zeit im Umweltausschuss behandelt. Wegen des technischen und finanziellen Aufwandes ist noch keine befriedigende Lösung in Sicht.

### Kita- und Spielplatzsanierung in Pankow

Der BVV-Beratung am 28.06.2017 lag eine Beschlussempfehlung des Ausschusses für Finanzen, Personal und Immobilien zu obigem Thema vor.

Darin wird dem Bezirksamt empfohlen, sich bei der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie für zusätzliche Mittel im Rahmen des Kita- und Spielplatzsanierungsprogramms (KSSP) in 2018 und 2019 einzusetzen. Spätestens für den nächsten Doppelhaushalt 2020/2021 soll sich das Bezirksamt für eine Erhöhung der Mittel für den baulichen Unterhalt einsetzen.

Als Begründung führt der Ausschuss an, dass immer mehr Kitas und Spielplätze saniert werden müssen. Statt immer wieder Mittel aus Sonderprogrammen zu erhalten, sollten künftig diese Aufgaben mit regulären Haushaltsmitteln in ausreichender Höhe bestritten werden.

Bei den Spielplätzen ist ein besonderer Schwerpunkt auf die frühzeitige Instandsetzung und Reparatur von Anlagen und Geräten zu setzen, um Sperrungen und kostenintensive Neubauten auf bestehenden Spielplätzen zu vermeiden.

Die Empfehlung wurde einstimmig beschlossen.

### Würdigung von Professor Werner Klemke

Das Bezirksamt Pankow teilte der BVV mit, dass mit der Amtsblattveröffentlichung Nr.6 vom 10. Februar 2017 die Benennung der Grünfläche an der Woelckpromenade, Amalienstraße, in „Werner-Klemke-Platz“ bekanntgemacht wurde. Die ehemalige Grünanlage „Goldfischteich“ nennt sich seit 28. April 2017 „Werner-Klemke-Park“.

Die Initiative zu dieser Benennung, die im Kulturausschuss behandelt wurde, ging vom Vorsitzenden der Linksfraktion Matthias Zarbock aus.

### Ersatzflächen für Kleingärten sichern

Auf Antrag von SPD- und Linksfraktion wurde das Bezirksamt Pankow ersucht, in Zusammenarbeit mit den Kleingartenverbänden und dem Kleingartenbeirat Ersatzflächen für Kleingartenanlagen auszuweisen und der BVV zur langfristigen Sicherung vorzuschlagen. Da Pankow ein wachsender Bezirk ist, stehen immer wieder einzelne Parzellen für andere Zwecke zur Disposition. Um insgesamt den Bestand an Kleingärten zu erhalten, ist es deshalb sinnvoll, langfristig Gebiete als Ersatzflächen auszuweisen.

Der Antrag wurde in den Ausschuss für Stadtentwicklung überwiesen.

T.O.